

Massenflucht über Ostern

4311 Zonenbewohner kamen — Lager zeitweilig überfüllt

Berlin (dpa/upi). Einen neuen Höhepunkt hat der ständige Flüchtlingsstrom von Bewohnern aus der Zone nach Westberlin über Ostern erreicht. Von Karfreitag bis Montag abend meldeten sich 4311 Personen im Notaufnahmелager. Unter den Geflüchteten befanden sich zahlreiche Familien, darunter Bauern mit ihren Angehörigen, Handwerker und Gewerbetreibende. Das Lager Marienfelde war zeitweilig überfüllt.

Um die Registrierung möglichst reibungslos vornehmen zu können, wurden zahlreiche Flüchtlinge von Marienfelde in andere Lager zur Notaufnahme geleitet. Die Massenflucht aus der Zone hängt mit der Zwangskollektivierung zusammen.

Alein in der Woche vom 11. bis zum 17. April baten 5783 Zonenbewohner um Aufnahme in Westberlin. Das ist mehr als das Doppelte der Vorwoche, in

der 2291 Personen ihre Heimat in Mitteldeutschland verließen.

Viele nutzten den Osterverkehr für ihr Fluchtvorhaben aus. An diesen Tagen waren die Kontrollen durch die Volkspolizei sehr erschwert. Ein Sprecher des Notaufnahmелagers Marienfelde stellte hierzu fest: „Sie kamen ohne Gepäck und unterschieden sich äußerlich nicht von den Osterspaziergängern ringsum.“

jedoch auf den Nullpunkt gesunken zu sein. Nun versucht er, die Bundesrepublik mit einer sonst so geschmäht und verabscheuten gesamtdeutschen Vertretung zu ködern, alles in der vagen Hoffnung, dadurch eine indirekte Anerkennung seiner Marionettenregierung zu erreichen. Die Antwort aus Bonn hätte nicht eindeutiger ausfallen können: Derartige Vorschläge sind wertlos und undiskutabel, sie gehören in den Papierkorb!

„Gipfel der Unverfrorenheit“

Bundestagsparteien zum „Deutschlandplan“ der SED

Bonn/Berlin (ap/upi). Der mit großem Propagandaaufwand am Ostersonntag von der SED verkündete „Deutschlandplan des Volkes“ ist auf einmütige Ablehnung bei den beiden großen Parteien der Bundesrepublik gestoßen. Während die SPD den „Offenen Brief“ des SED-Zentralkomitees an die Arbeiterschaft der Bundesrepublik als den „Gipfel der Unverfrorenheit“ bezeichnete, sprach die CDU/CSU von einer Aneinanderreihung bekannter Lügen und Diffamierungen.

Der als „Plan zur Rettung der Nation“ bezeichnete SED-Plan wiederholt die kommunistischen Thesen von der Konföderation der beiden deutschen Staaten und fordert Verhandlungen zwischen ihren Regierungen über einen Verzicht auf Gewaltanwendung sowie die Bildung eines paritätischen gesamtdeutschen Ausschusses. Zum

Schluß wiederholt Ulbricht seinen Vorschlag, eine gesamtdeutsche Delegation zur Gipfelkonferenz zu entsenden, die die Grundsätze eines „Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten“ darlegen solle.

*

DT. Man fragt sich vergeblich, woher der SED-Chef den Mut zu seinen Anbiederungsversuchen nimmt. Sind es die Rückschläge, die er im Hinblick auf die Gipfelkonferenz erlitten hat? Es ist noch nicht lange her, daß er großsprecherisch verkündete, er habe keine Zeit, sich um den Flaggenstreit und die Frage einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft zu kümmern, seine ganze Aufmerksamkeit sei auf die bevorstehende Gipfelkonferenz gerichtet. Die Hoffnung, auf höchster Ebene ähnlich wie in Genf jetzt auch in Paris Propaganda für seinen Pseudostaat machen zu können, scheint

In Rumänien verhaftet

Wien (ap/dpa). Ein deutsches Ehepaar aus Starnberg ist am Ostermontag an der rumänisch-ungarischen Grenze von rumänischen Grenzbeamten ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Die Reisenden, der 46jährige Frauenarzt Dr. Fritz Süßmann und seine Gattin Hermine, waren mit gültigen Reisepässen und Visa mit einer Reisegesellschaft am 10. April von Wien nach Rumänien gefahren. Bei der Rückfahrt wurde das Ehepaar aus dem Autobus der Gesellschaft heraus verhaftet. Dr. Süßmann stammt aus Siebenbürgen und hat auf seiner Reise auch seinen Vater besucht, der noch in Hermannstadt lebt.

Mit 82 Jahren ins Gefängnis

Gelsenkirchen (upi). Der Direktor des Klönne-Werkes in Leipzig, der 82jährige Walter Schäd, ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am 9. Februar wegen angeblicher Wirtschaftsvergehen vom sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst verhaftet worden.

Zwischen Sorge und Hoffnung

DT. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dieser Tage vor dem Bonner Presse-Klub ein düstres Bild von der Zukunft Deutschlands entworfen. Seine Prognosen wollen nicht zu der Leichtigkeit und Gelassenheit passen, mit der die westlichen Außenminister in Washington ihre Aufgabe gelöst haben. Man könnte es sich nun leicht machen und sagen, niemand habe voraussehen können, daß die Briten ihre Genfer Kompromißhaltung so widerstandslos aufgeben würden, wie es geschehen ist. Selwyn Lloyds Einschwenken auf den deutsch-französischen Kurs hat sicher auch den Kanzler überrascht. Es fragt sich allerdings, ob seine sorgenvollen Gedanken so rasch abgetan werden können. Adenauers Rede betraf weniger Einzelfragen der kommenden Konferenz als die gegenwärtige Weltatmosphäre, in der sich nach seiner Ansicht ein entscheidender, um nicht zu sagen säkularer Wandel abzeichnet.

Die Berlin-Frage wird auch auf der bevorstehenden Gipfelkonferenz eines der wichtigsten Themen bilden. Sie wurde jedoch bei den Vorbereitungen erneut in den Rahmen des Deutschland-Problems zurückgeführt und zudem mit der Abrüstungsfrage verbunden. Außenminister Herter ist wieder zu der Junktim-Politik zurückgekehrt, die in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt und ohne Gegenkonzessionen aufgegeben worden war. Die Konzessionsbereitschaft des Westens in der Abrüstungsfrage, so sagte der amerikanische Außenminister schon jüngst in Chicago, wird wesentlich von der sowjetischen Konzessionsbereitschaft in Berlin abhängen. Herter spielte damit vor allem auf die Einstellung der Atomversuche an, über die heute ein Kompromiß möglich geworden ist. Ob Chruschtschow die Aussicht auf einen ersten konkreten Abrüstungsschritt so reizvoll findet, daß er sich zum Nachgeben in Berlin entschließt, muß allerdings bezweifelt werden.

Immerhin spricht die Entschlossenheit der Westmächte, eine isolierte Berlin-Lösung zu umgehen, gegen Adenauers pessimistische Prognose. Es zählt zu den erfreulichsten Ergebnissen der Washingtoner Konferenz, daß die Entspannung, von der Chruschtschow unausgesetzt redet, die aber nur im westlichen Lager ehrlich gewünscht wird, nicht auf Kosten der Deutschen gesucht werden soll. Die Interimslösung für Berlin, zu der die Westmächte nach wie vor bereit sind, paßt durchaus in dieses Bild, solange das Ende der deutschen Spaltung und nicht eine willkürliche Frist von etwa drei oder fünf Jahren die zeitliche Grenze ihrer Gültigkeit markiert. Es kommt den Deutschen wesentlich darauf an, daß der Zusammenhang zwischen der deutschen und der Berliner Frage gewahrt bleibt.

Wenn der Bundeskanzler vor Berlin-Verhandlungen überhaupt und vor einer Änderung des gegenwärtigen Status der Stadt im besonderen gewarnt hat, so geschah dies aus der Befürchtung, daß der sowjetische Ministerpräsident einen zufriedenstellenden Interimsvertrag für Berlin niemals unterzeichnen werde. Adenauer wird damit wahrscheinlich recht behalten, doch konnte er Eisenhower nicht dazu bewegen, von der Camp-David-Ab-sprache, die neue Berlin-Verhandlungen vorsieht, abzugehen.

Der Kanzler befürchtet, daß eine Diskussion über ein Berlin-Interim durch den sowjetischen Widerstand gegen einen Vertragsabschluß erneut auf die Genfer Bahn einer isolierten Berlin-Absprache geraten könnte. Das ist natürlich Chruschtschows bleibendes Ziel. Der sowjetische Ministerpräsident wird in Paris den Hebel sicher nicht an der Rechtsgrundlage, auf der Berlin heute steht, ansetzen. Er hat die Rechte der Alliierten ausdrücklich anerkannt, weil er einsehen mußte, daß sie nicht gelehnet werden können. Er wird daher vermutlich versuchen, neue Fakten zu schaffen. Eine Reduzierung der westlichen Truppen und eine Beschränkung der Propaganda-

tätigkeit, über die in Washington gesprochen wurde, wären Fakten, die den Status Berlins zwar nicht formal, wohl aber materiell verändern würden. Die negativen Folgen solcher Konzessionen würden auch dann spürbar werden, wenn die Sowjetunion als Gegenkonzession eine entsprechende Reduzierung ihrer Truppen im Bereich von Ostberlin vornehmen sollte. Die moralische Atmosphäre in ganz Deutschland könnte sich bedenklich verschlechtern, ohne daß der Westen und Berlin auf einem anderen Gebiet auch nur irgend etwas gewonnen hätten.

Diese Überlegung dürfte im Hintergrund der Sorgen stehen, die der Bundeskanzler nun offen geäußert hat. Ob sie wirklich begründet sind, wird erst der Verlauf der Konferenz ergeben. Im Augenblick, nach der Washingtoner Außenministerkonferenz, haben wir keinen Anlaß, Befürchtungen für Berlin zu hegen. Der Verlauf der Pariser Verhandlungen wird wesentlich davon abhängen, ob sich die Westmächte der kommunistischen Gefahr heute noch im gleichen Maße bewußt sind wie früher. Die Besuchsdiplomatie, die mit Macmillans Reise nach Moskau begann und mit Chruschtschows Besuchen in den USA und in Frankreich einen Höhepunkt erreichte, hat die westliche Welt im Urteil über die sowjetischen Ziele unsicher gemacht. Es ist nicht zu leugnen, daß im Westen noch vor kurzem die Neigung bestand, nicht mehr in der Sowjetunion, sondern in Deutschland die Ursache aller Spannungen zu sehen. Bundeskanzler Adenauer hat diesem Umstand in seiner Prognose große Bedeutung beigemessen. Er scheint aber nicht berücksichtigt zu haben, daß die Verwechslung von Ursache und Wirkung inzwischen auf einen immer stärker werdenden Widerstand gestoßen ist.

Die Wirkung der sowjetischen Propagandakampagne, wir spüren es immer deutlicher, läßt nach. Dies gibt uns die Hoffnung, daß die Westmächte die Gipfelkonferenz mit der gleichen ruhigen Entschiedenheit durchsetzen werden, mit der sie jetzt in Washington ihren Kurs festgelegt haben.

Osterspaziergang nach „drüben“

Noch immer nicht vom Eise befreit / Von Wolfgang Paul

Wem die Erde versagt ist, auf der er ging Jahre seines Lebens, der nimmt sein Gedächtnis unter die Füße. So schreitet er Landschaften ab, von Erinnerungen bleich und bunt. Wird er heimkehren? Öffnet sich die Tür seines Hauses, ist der Garten bereitet, steht der Willkommenstrunk auf dem Tisch? Wo sind die Nachbarn, die er verlassen mußte?

Manches wird nicht mehr wie früher sein, er weiß es. Er hat damit auch nicht gerechnet. Heimkehr ist immer Anfang. Aber sein Gedächtnis ist noch kräftig, es läßt die Bilder von vorgestern nicht ermatten.

Wartet auf ihn die Thomaskirche zu Leipzig, die hohe Gotik und das Gestühl, in dem er gegessen hat? Haben sich die Thomaner aufgestellt und singen sie die Passion des Meisters, dessen Grab hier mahnt? Geht er nach Naumburg zum Diakon am Gotischen Lesepult? Sieht er die Verführbarkeit des Menschen, in Stein gemeißelt Judas, der mit offenem Mund die Silberlinge empfängt für seinen Verrat?

Verraten wurde viel

in diesem Land, und der Mensch zählt seine Silberlinge nicht mehr nach, wenn er sie erhält. Christus beim Verhör — die fromme Gewißheit der Überlegenheit des Menschensohns. Verhört wird viel, noch immer. Der Krieg, der hier vor fünfzehn Jahren endete, ist immer wieder aus der Grube gescharrt worden, damit die Macht, die hier herrscht, zu zeigen vermag, was sie von den Menschen erwartet: Unterwerfung.

Macht ist groß, schrecklich, feindlich. Aber sie läßt sich nicht wegwischen. Man kann sie nicht mehr verzaubern, in ein fernes Land bannen, aus dem sie kam.

Würde Thomas Münzer heute das schwarze Banner der Bauernnot erheben und flattern lassen über den Dörfern — folgten ihm die Bauern? Wer läuft schon in die Feuergarben der Panzer?

Besuchten wir den Hof, der vererbt wurde seit dreihundert Jahren, wen fänden wir heute? Im Altenteil der alte Bauer, im Tagelohn der junge Bauer. Der

Sohn in der Stadt. Der Besitz nicht eingegrenzt, abgehoben vom Besitz des Nachbarn, sondern nun nur noch mit einer vagen Gebärde umschrieben, die voller Zorn sein kann.

Das Land, so schien es dem Gedächtnis, das wir unter den Füßen haben, sei weder zu vergessen noch zu verschenken. Wie werden die Enkel darüber denken? Dem Herrn vom Rittergut neben dem Dorf wurde vor mehr als einem Jahrzehnt genommen, was sein Erbe war. Nun sind ihm die Bauern gefolgt. Jetzt gibt es nur noch ein Erbe hier: die Landschaft.

In der Erinnerung

sind Dom und Severikirche zu Erfurt wie Faustpfänder untüchtiger Herrlichkeit. Im Steinrelief an St. Severi ist Michael im Kampf mit dem Drachen zu sehen. Ein Sieger — aber wir befinden uns unter Besiegten. Für sie ist der romanische Leuchtermann „Wolfram“ im Dom angemessener: ein gedrungener Mann, der mit beiden Armen zwei riesige Kerzen wie Schwerter hält. So geht er der Dunkelheit entgegen.

Kehren wir in der Universität Jena ein. Noch immer brechen dort die Freiwilligen von 1813 auf, von Ferdinand Hodler gemalt. Heute werden andere Waffen benötigt: die des Geistes, des Denkens, der unerbittlichen Schärfe der Erinnerung.

Aus Schulpforta gingen Klopstock, Ranke und Nietzsche hervor. Welche Dichter, Historiker, Denker werden einmal aus den Schulen dieses Regimes gekommen sein, wenn die Jahre sich runden? Sind es Roboter einer Partei oder Genies?

Pöppelmann baute den Dresdner Zwinger, der Römer Chiaveri die Hofkirche. Wo sind die großen Baumeister von heute in diesem Panorama, die, in Stein oder Beton für lange Dauer,

Werke für hohe Bewunderung schaffen?

Wir begegnen anderen Menschen. Ob sie noch wissen, was sie um sich haben? Wie groß und machtvoll ein Dom, ein Schloß, ein altes Bürgerhaus ist? Wer ins Kollektiv gepreßt wird, kann zu einem idealen Idealisten werden. Der Gegensatz bewirkt dies. Da der Mensch nicht mit einem Spitzel oder Polizisten auf der Zunge geboren wird, muß er seine Freiheit liebenlernen. Noch nie, so scheint es, wurde die Freiheit in Deutschland so geliebt wie hier. Liebe kann hoffnungslos sein. Nichts ändert dies an der Tatsache.

Steigen wir die Treppen hinauf zum Tuchmachertor im alten Meißen, hinter dem Böttger das Porzellan erfand. Das Treppenhaus im Hof des Schlosses Hartenstein in Torgau wartet, diese wunderbare Kühnheit der deutschen Renaissance. Wer hier steht und staunt, lernt bestreiten. Die Vergangenheit ist in ihm. Er kann sich vor ihr nicht nach vorn retten.

Möchte er es denn? Da das Regime es verlangt, widersetzt er sich. Lebte Schiller umsonst unter den Thüringern? Schrieb er ohne Nachwirkung sein „Gebirge“? Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire“ im Weinbergshaus zu Loschwitz bei Dresden, wo jetzt die Autos vorbeifahren und die Fußgänger stehenbleiben und die Macht der Kunst ihre Arme nach ihnen ausstreckt. Auch die Macht eines freien Menschen erhält Unterstützung. Er ist nicht allein.

Unsere Erinnerung spielt uns dieses Bild zu: die Bauern der Wende, auf dem Ostertritt zum Kloster Marienstern in der Lausitz, hoch zu Roß, mit wehenden Kirchenfahnen. Steigen die Kolchosniken jetzt aufs Pferd, unter den Fahnen der Partei? Die ganze Sinnlosigkeit der befohlenen Umwälzung wird sichtbar.

Mögen die Umritte nicht mehr stattfinden — in Stein gemeißelt, in Erz gegossen, wachen Legionen von Bischöfen, Prie-

Fortsetzung auf Seite 4

SED befiehlt: Jugend aufs Land!

Scharfe Proteste Bonn's und Berlins — Lehrlinge sollen als Knechte dienen

Berlin (ap/upi/Eigenbericht). Die Bundesregierung und der Berliner Senat haben die vollendete Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone scharf verurteilt. Wie der TAG bereits berichtete, gibt es keine selbständigen Bauern mehr in der Zone. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte: „Die von den Kommunisten nunmehr hundertprozentig erzwungene Kollektivierung der bäuerlichen Betriebe in Mitteleuropa wird in ganz Deutschland keine Anerkennung, sondern nur Abscheu hervorrufen.“ Dem Sowjetzonenregime sei es zwar gelungen, den Bauern ihre Selbständigkeit zu nehmen, aber es werde die Bauern nicht zu willigen oder gar überzeugten Mitarbeitern in einem Zwangskollektiv machen können. Ein Sprecher des Berliner Senats sagte, mit dem Abschluß der Kollektivierung sei die Spaltung Deutschlands vertieft worden.

Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat in einer Erklärung die Zwangskollektivierung der Bauern scharf angeprangert und die sowjetzonalen Machthaber der Unmenschlichkeit angeklagt. Das Kuratorium appellierte an alle freiheitsliebenden Menschen, sich mit den vergewaltigten Bauern solidarisch zu erklären und gegen die Knechtung eines ganzen Standes zu protestieren.

Mit Knallfröschen, Blasmusik und Funktionärsreden feiert die SED der Sowjetzone den Vollzug der Kollektivierung in der Landwirtschaft. Nachdem auch die Bauern des Erzgebirges vor den Agitatoren kapituliert haben, versichert die kommunistische Presse in beinahe gleichlautenden Kommentaren, auf dem Lande sei „der Schritt vom Ich zum Wir“ gegangen worden.

Völlig ungewiß ist, wie sich der in wenigen Monaten erzwungene Zusammenschluß der Bauern in den sogenannten „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)“ auf die nächste Ernte auswirken wird. Gewiß aber ist, daß die Industrie der Sowjetzone durch die Kollektivierung um Jahre zurückgeworfen wird.

Industrie spürt es

Der Sowjetzonen-Industrie fehlt es schon seit langem an Arbeitskräften. Die Arbeitnehmerschaft ist überaltert, und die aus der Produktion auscheidenden Arbeiter können kaum durch junge Arbeitskräfte ersetzt werden. Die Jahrgänge, die aus der Schule ins Berufsleben entlassen werden, sind

zahlenmäßig schwach, denn es sind die Kriegsjahrgänge.

In dieser prekären Situation beordert Ulbricht Zehntausende von Jugendlichen in die Landwirtschaft. Die Jugendlichen werden jedoch an anderer Stelle, in den Industriebetrieben, fehlen. Und was schlimmer ist: noch mehr Lehrstellen als bisher werden nicht besetzt werden können. In zwei bis vier Jahren, wenn die Lehrzeit der Jugendlichen beendet sein

müßte, wird die Industrie die Zeche für die SED-Agrarpolitik bezahlen müssen. Dieser Einsatz ist gefährlich hoch. Wie die Berichte von nach Westberlin geflüchteten Bauern zeigen, ist die Stimmung auf dem Land in der Sowjetzone nach der Zwangskollektivierung gedrückt, und die Arbeitslust ist weiter gesunken.

SED gegen Pfarrer

Mit einer Massenversammlung, an der über tausend Menschen teilgenommen haben sollen, protestierten die SED und die Ost-CDU gegen den evangelischen Pfarrer des Dorfes Bühlau bei Dresden, der von der Kanzel herab die Zwangskollektivierung verurteilt haben soll. Dies berichtete jetzt die Dresdner Presse. Nach Darstellung der Redner soll der Pfarrer seine Gemeinde aufgefordert haben, „die bedrängten Bauern ins Gebet einzuschließen“.

Osterspaziergang nach „drüben“

Fortsetzung von Seite 3

stern, Hirten in den Kirchen. Und die Glocken tragen den Bericht von dieser Wache hinaus aufs Land.

Was bedeutet da das Gips der Denkmäler neuerer Art? Was die fremden Fahnen wehen lassen, ist immer noch unbegreiflich. Man kann ein Gerüst am Dorfeingang bauen mit ungläubwürdigen Parolen und Symbolen. Der Wind wird es zerstören, wenn es die Menschen in Gedanken nicht längst vernichteten. Man kann antreiben, was groß und ehrwürdig ist — unter der Farbe leuchtet der Stein.

Das Haus, in dem man wohnte, mag von Fremden bewohnt sein. Und es scheint auszusehen, als wollte das Haus nie mehr zu uns heimkehren. Morgen kann ein Sturm diese Heimkehr beschleunigen. Was wissen wir doch von der scheinbaren Unveränderlichkeit aller Dinge. Was mächtig war, wir erfuhren es, für die Ewigkeit

von zwölf oder tausend Jahren errichtet, aufs Land gestellt, eingegraben in sein Passionsantlitz — es stürzte.

Öffnen wir die Tür zu unserem Haus, treten wir ein, auch wenn uns niemand empfängt.

Lassen wir uns nieder. Streicheln wir behutsam die Stunde, die nur geträumt ist. Blicken wir durchs Fenster hinaus auf die Straße, sehen wir die Osterspaziergänger. Die Kinder laufen vorneweg und suchen Osterfeier. Die Erwachsenen lächeln. Der Feiertag ist gnädig, man ist zufrieden mit dem Wetter.

Wir können uns nicht anschließen. Niemanden dürfen wir einladen, einzutreten. Wir sind Schatten, unser Gedächtnis ist die einzige Stütze, die uns in die Wirklichkeit geleitet. Möge es nie versagen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2

Flugblätter nach Chemnitz

Düsseldorfs Oberbürgermeister antwortet SED

Düsseldorf (up). Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Willi Becker (SPD) hat 5000 Flugblätter an die Bevölkerung von Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) geschickt. Darin werden die Einwohner darüber aufgeklärt, warum Becker eine SED-Delegation aus Chemnitz im März nicht empfangen hat. Um die Zensur der Sowjetzonenbehörden zu umgehen, wurden die Flugblätter in Briefen mit fingierten Absendern von verschiedenen Orten der Bundesrepublik abgesandt.

Die Stadtverwaltung von Karl-Marx-Stadt hatte Ende Februar in einem Flugblatt die Bevölkerung von Düsseldorf zu einem „Meinungsaustausch über die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion“ aufgefordert. Danach wurde eine Delegation der Sowjetzonenstadt nach Düsseldorf entsandt. Becker weigerte sich, sie zu empfangen. Unter Polizeischutz wurde die Delegation zur Zonengrenze zurück-

bürgermeister, er scheute Diskussionen mit SED-Funktionären nicht. Aber es habe sich „tausendmal gezeigt, daß diese Diskussionen unfruchtbar sind, weil die SED-Funktionäre immer wieder am Kern der Sache vorbeireden“.

Die Funktionäre wollten für die Menschen in dem von der SED beherrschten Gebiet nicht die wirkliche Freiheit, weil sich das SED-Regime dann selber aufgeben müßte. Becker erklärt, er kenne die Propagandaparolen der SED und wisse, was er von ihnen zu halten habe: „Sie aber, liebe Chemnitzer, kennen diese Parolen noch besser...“

Abgeblitzt

In München verweigerte ein Polizist am Eingang der bayerischen Staatskanzlei fünf Delegierten der Sowjetzonen-Bezirkstage von Gera und Suhl den Zutritt zu dem Gebäude. Die Delegation wollte nach ihren Angaben im Hinblick auf die kommende Gipfelkonferenz über gemeinsame Probleme mit den „bayerischen Nachbarn“ sprechen.

Sacharow abgelöst

Der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in der Sowjetzone, Marschall Sacharow, ist einer Meldung der Sowjetzonen-Agentur adn zufolge abgelöst worden. Zu seinem Nachfolger wurde Generaloberst I. I. Jakubowski ernannt. Über die zukünftigen Aufgaben Sacharows wurde nichts bekannt.

geleitet. Die Presse der Sowjetzone hatte daraufhin erklärt, Becker habe „Furcht vor der Wahrheit und vor dem Friedenswillen in Ost und West“.

In den Flugblättern versichert der Düsseldorfer Ober-

Dummentang

DT. Sogar der Frieden des Osterfestes war diesmal in die Propagandaaktionen Pankows mit eingeplant worden. Wer am Karfreitag oder an den Osterfeiertagen die Friedhöfe an den Zonen-Randgebieten besuchte, sah sich ständiger Belästigungen durch kommunistische Agitatoren ausgesetzt. Zunächst wurde den „lieben Gästen aus Westberlin“, die am Karfreitag an den Zonen-Randgebieten die Gräber ihrer Angehörigen aufsuchten, ein Flugblatt in die Hand gedrückt. Darin wird mit gezielter Rührseligkeit an die „beliebten Ausflugsziele Tausender Berliner“ erinnert, an die Dampferfahrten durch die Havelseen, an den Besuch der Baumblüte in Werder und an all die vielen anderen schönen Dinge, von denen die Bewohner des freien Teils der Stadt durch Pankows Politik der Spaltung abgeschnitten sind.

„Wir sind dafür, daß Sie ständig und unbehindert uns besuchen können!“ heißt es weiter in dem Flugblatt. Dann aber läßt sich der Pferdefuß hinter den wohlklingenden Worten nicht länger mehr verbergen. Mit dem propagandistischen Holzhammer schwersten Kalibers will man dann den „lieben Gästen“ weismachen, daß alles wieder so sein könnte wie früher. Um das zu erreichen, brauchte die Westberliner Bevölkerung nichts anderes zu tun, als sich willenlos unter die Macht derjenigen zu begeben, an deren Händen noch das Blut der mißhandelten Bauern klebt.

Jede Antwort auf diese simple Bauernfängerei erübrigt sich. Das gilt auch für den „Deutschland-Plan des Volkes“, der einer Anzahl von Friedhofsbesuchern nach propagandistischer Hirnwäsche in der Vopo-Baracke in die Hand gedrückt wurde. Wer nimmt auch schon Notiz von Vertretern einer Partei, die angibt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und die bei den letzten Wahlen in Westberlin mit 1,9 Prozent Stimmenanteil kläglich auf der Strecke geblieben war? Unüberhörbar hingegen sind die Notrufe der Gepeinigten in der Zone und die Forderung, den dort lebenden 17 Millionen die Menschenrechte zu geben.

SPD gegen SED-Propaganda

Helmut Schmidt: Der Bundesrepublik unmöglich

Bonn (up). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt hat im Pressedienst seiner Partei die Behauptungen der SED, die Bundesrepublik plane mit Hilfe von Atomwaffen einen Blitzkrieg gegen die Sowjetzone, als „Propagandamasche“ der SED zurückgewiesen. Schmidt nannte zehn Punkte, die es der Bundesrepublik unmöglich machten, auch nur den Gedanken eines solchen Blitzkrieges zu fassen. Er betonte, daß allein das militä-

rische Kräfteverhältnis der Bundeswehr keinen Angriff gestatte. Sie könne vielmehr froh sein, wenn ihre Manöver und Planspiele auf dem Papier die Fähigkeit erwiesen, einen östlichen Angriffskrieg abzuwehren oder aufzuhalten.

Gleichzeitig verwahrte sich ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums besonders gegen die Behauptung, daß die Bundeswehr in provokatorischer Absicht an der Zonengrenze Manöver abhalte.

Der mißverständene Wohlstand

Prestigevorstellungen höher geschraubt — Auswahl verändert Lebensstil

E. Kl. Feiertage stimmen besinnlich; sie regen auch auf wirtschaftlichem Gebiet an, über längere Zeiträume und Entwicklungslinien nachzudenken. Seit zehn Jahren nimmt bei den europäischen Völkern der Wohlstand fast jährlich um 3 bis 5 v.H. zu. Erst kürzlich hat das Statistische Bundesamt berechnet (Wirtschaft und Statistik März 1960), daß das Volkseinkommen in der Bundesrepublik je Einwohner heute etwa 3,7mal größer ist als es in der Vorkriegszeit (1936) war.

Man mag über die Prozentsätze der Verbesserung des Lebensstandards gegenüber der Vorkriegszeit im einzelnen streiten. Unbestreitbar sind die steigende Tendenz, die Beteiligung der breiten Volksschichten an der Zunahme des Wohlstandes sowie die Tatsache, daß es kaum je eine zehnjährige Periode in der Wirtschaftsgeschichte gegeben hat, die ein so starkes und stetiges Wachstum aufweisen konnte. So ist es bekanntlich unter Statistikern sogar umstritten, ob die realen Lohneinkommen in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg etwa von 1900 bis 1913 überhaupt nennenswert gestiegen sind.

Sicher gewöhnt man sich schnell an ein besseres Leben, so daß der einzelne kaum spürt, daß die Kaufkraft seines Einkommens in zehn Jahren um vielleicht 50 bis 60 v.H. größer geworden ist. Wenn viele feststellen mögen, daß sie mit dem jeweils höheren Einkommen nach kurzer Zeit genauso knapp auskommen wie früher, so beruht das gerade auf der Gleichmäßigkeit und den geringen jährlichen Zuwachsbeträgen, die als reale Wachstumsrate volkswirtschaftlich überhaupt nur möglich sind.

Frauen besonders

Die nur geringe Spürbarkeit eines jährlich um einige Prozente verbesserten Lebensstandards erklärt sich aus mehreren Gründen. In der Regel melden sich in der Skala der vielfältigen Bedürfnisse fast überall „Verführungen“ zu kleinen Mehrausgaben an, sei es in qualitativer Hinsicht oder in zusätzlichen Gütern, mit denen eine suggestive Werbung ständig lockt. Es kommt hinzu, daß eine stetige Wohlstandsverbesserung, an der die meisten Ein-

wohner eines Landes teilhaben, die sozialen Prestigevorstellungen ständig höher schraubt. Der Mensch als geselliges Wesen neigt dazu, es seinen Kollegen, Altersgenossen und Nachbarn „gleichzutun“. Sitte und Brauch verpflichten ihn häufig zu einem ähnlichen Aufwand wie die Berufskollegen oder Nachbarn. Selbst das Kind würde sich in seiner Gruppe deklassiert fühlen, wenn es ständig hinter den anderen Spielgefährten „zurückstehen“ müßte. Ohne aufzufallen dürfte es für die Frauen besonders schwierig sein, sich in Kleidung, Frisur und Gastlichkeit eine Einfachheit bewahren zu wollen, wie sie etwa noch 1950 allgemein verbreitet und durch die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus gerechtfertigt war. Man mag es beklagen, daß aus der Umwelt gleichsam ein Bedürfniszwang erwächst; man wird diese Dynamik jedoch nicht bestreiten können. Das erklärt, daß auch auf jeweils höherem Lebensstandard immer noch Spannungen zwischen Bedarf und Einkommen entstehen, wenn sie auch nicht mehr für die lebenswichtigsten Bedürfnisse bedrohlich sind, sofern sich die von einem größeren Wohlstandsgrad Beglückten nicht zu einer unharmonischen Ausgabenwirtschaft verleiten ließen, so daß mitunter Abzahlungsraten tatsächlich „erhungert“ werden müssen.

Die Verführung zum besseren Mittagstisch, der in besser vorbereiteten Nahrungsmitteln (Konserven, sortiertes Obst, Tiefkühlware, bessere Fleisch- und Wurstsorten) bestehen kann und der Hausfrau Arbeit erspart, ist auch nicht zu verachten. So hat beispielsweise die Europäische Wirtschaftskommission (ECE) festgestellt, daß der Prozentsatz, der in

einer Volkswirtschaft für Nahrungsmittel aufgewendet wird, in Europa trotz zunehmenden Wohlstandes kaum gesunken ist. Die qualitativen Anforderungen an die Nahrungsmittel, die mit zunehmenden Dienstleistungen (einschließlich Verarbeitung) verbunden waren, haben es verhindert.

Die soziale Spannung dürfte aber auch aus der Dynamik erwachsen, die durch den Erwerb „großer langlebiger Gebrauchsgegenstände auf Ratenzahlung“, die relativ teuer sind (Fernsehen, Kühlschrank, Auto, Waschmaschine), ausgelöst wird. Trotz des höheren Einkommens kann dann infolge solcher Verpflichtungen der Zwang zu einer „schlechteren Lebenshaltung“ ausgelöst werden, die infolge der Verteilung von 45 Wochenarbeitsstunden auf fünf Tage überdies noch mit einer erheblich intensiveren täglichen Ermüdung zusammenfallen kann. Psychologisch erklärlich wird in solchen Fällen der dringliche Ruf nach weiteren Lohnerhöhungen wie auch nach einer noch kürzeren Wochenarbeitszeit, der zu Konflikten mit den realen Möglichkeiten führen kann. Eine Rolle mag dabei auch der Umstand spielen, daß die gewonnene Freizeit am Sonnabend fast automatisch zu neuen zusätzlichen Ausgaben führt.

Möglichkeiten in Fülle

Einigen Mißverständnissen in bezug auf die Methoden und Möglichkeiten einer stetigen Verbesserung des Lebensstandards sei hier noch begegnet. Einmal müßten die Menschen doch genug haben; mehr als ein Auto haben und mehr als satt essen, so sagen die Ängstlichen, sei doch gar nicht zu verwirklichen. Dann komme der Sättigungspunkt, die Stagnation des Absatzes und die große Krise. Gegenfrage: Glauben Sie nicht, daß eine Familie, die heute 500 DM monatlich verbraucht, auch das Doppelte „sinnvoll“ verwenden könnte, wenn auch etwa erst in 20 Jah-

Fortsetzung auf Seite 7

Der mißverständene Wohlstand

Fortsetzung von Seite 6

ren? Sicherlich, wenn es vielleicht auch ein anderer Lebensstil sein mag, als ihn die Amerikaner heute haben, die jedoch heute schon einen zwei- bis dreifach so hohen Lebensstandard „verdauen“, wie er bei uns schon erreicht ist. Furcht vor einer generellen Überproduktion ist daher Unsinn. Eine schwierige Aufgabe bleibt es, bei wachsender Erzeugung die zweckmäßigsten Relationen zwischen privatem Verbrauch, Sparen und Staatsverbrauch herzustellen. Das haben in der letzten Woche die deutschen Nationalökonomien im wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums in ihrem Lohngutachten besonders unterstrichen.

Noch ein letztes Mißverständnis sei ausgeräumt. Steigender Wohlstand, sosehr er auch Großbetriebe der industriellen Erzeugung sichtbar begünstigen mag, wird für die mittelständische Wirtschaft nicht schädlich sein. Je mehr langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten vorhanden sind, um so zahlreichere Wartungs- und Reparaturbetriebe werden benötigt werden. Der Mechaniker, so hat man in den USA über-

spitzt gesagt, muß das Dienstmädchen ersetzen. Je höher die Einkommen, um so größer das Verlangen nach „Dienstleistungen“, die der Kleinbetrieb am besten zu befriedigen mag. Die Frauen wollen schöner sein (Friseur), die Männer kehren vielleicht häufiger im Gasthaus ein (Bedienung), die Familien machen Urlaubsreisen; Autos, Haushaltsgeräte, Eigenheime beanspruchen Reparaturen. Vielleicht werden ihre Besitzer auch mehr für Wissen und Bildung und Unterhaltung ausgehen, die der selbständige Klein-

betrieb besser befriedigt als der Großbetrieb. Sicher brauchen wir den größeren Wohlstand, den uns die volkswirtschaftlichen Wachstumsraten auch für die Zukunft noch zu versprechen scheinen, nicht zu fürchten. Die wirtschaftliche „Umwälzung“ der nächsten Generation wird nicht so heftig sein, wie sie von den heute noch lebenden Generationen erlebt wurde (Industrialisierung).

Die Aufgabe, einen menschenwürdigen Lebensstil zu finden, wird auch in Zukunft nicht leicht sein. Doch das war in der Kulturgeschichte noch niemals nur eine wirtschaftliche Aufgabe.

Baldiger Rücktritt Chruschtschows?

New York (ap). In diplomatischen Kreisen der ganzen Welt verstärken sich, wie das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ berichtet, die Gerüchte, daß der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow aus gesundheitlichen Gründen bald nicht mehr in der Lage sein werde, die Regierungsgeschäfte zu führen.

Alle diejenigen, die Chruschtschow während seines kürzlichen Frankreichs-Besuchs in der Nähe erlebten, seien über sein Aussehen bestürzt gewesen, schreibt der diplomatische

Korrespondent des Blattes, Weintal. Präsident de Gaulle und andere französische Politiker hätten einen sprudelnden und angriffslustigen Gast erwartet. Statt dessen habe der sowjetische Regierungschef teilnahmslos und manchmal sogar seiner selbst unsicher gegort.

„Die zutreffendste westliche Diagnose ist, daß Chruschtschow an einem chronischen Leberleiden und erhöhtem Blutdruck leidet. Es ist bekannt, daß er zur Senkung des Blutdrucks regelmäßig Beruhigungsmittel einnimmt, die als Nebenwirkung Depressionen hervorrufen“, heißt es in dem Bericht.

Papst gedenkt der Terror-Opfer

Kirchenproteste gegen die Zwangskollektivierung

Berlin (Eigener Bericht). Gegen Christenverfolgungen und Rassenhaß wandte sich Papst Johannes XXIII. in seiner traditionellen Osteransprache, die über den Rundfunk übertragen wurde. Die Christen hinter dem Eisernen Vorhang erduldeten seit Jahren Zwang und Gewalt und vollendeten ein Opfer, dargebracht in Schweigen und dauernder Unterdrückung.

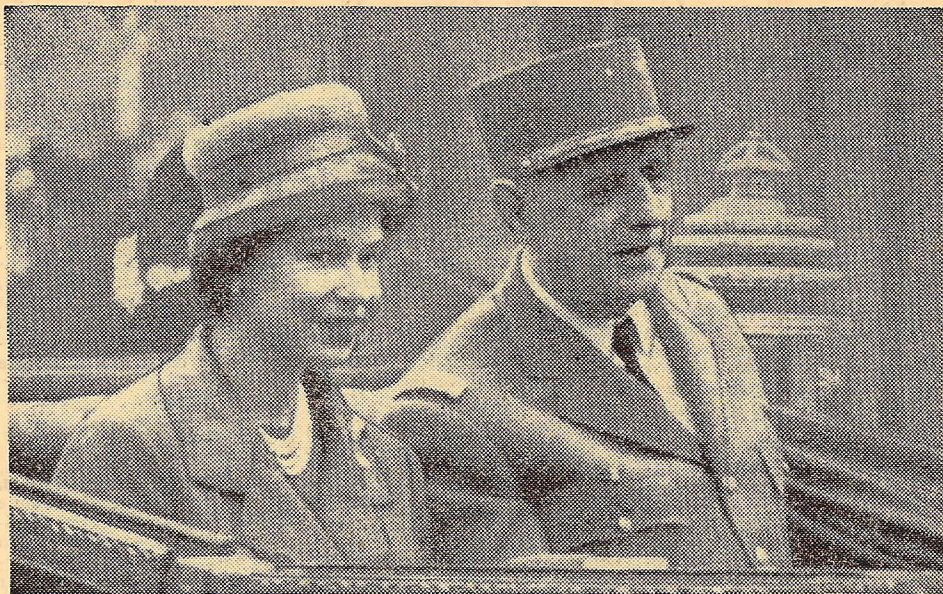
Im Hinblick auf den Rassenstreit in Südafrika gedachte der Papst jener „Kinder Gottes, die da leiden um ihrer Rasse willen oder wegen verwickelter und besorgniserregender wirtschaftlicher Verhältnisse oder durch die Einschränkung im Gebrauch ihrer natürlichen und bürgerlichen Rechte“.

Kardinal Döpfner und andere katholische Würdenträger in Deutschland protestierten gegen die Zwangskollektivierung in der Zone. Die Kirche stehe in ihrer mütterlichen Sorge denen zur Seite, deren Menschenrechte und Menschenwürde verletzt werden.

Von den Kanzeln aller evangelischen Kirchen in Berlin-Brandenburg wurde eine Kanzelabkündigung verlesen. Darin heißt es: „Uns bewegen die schweren äußeren und inneren Bedrängnisse, in die wir alle durch die Überführung in die sozialistisch-marxistische Gesellschaft geraten. Das gilt heute vor allem für Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende.“

Auch das Essen „sozialistisch“

Berlin (dpa). Nach rotchinesischem Muster soll demnächst in der Sowjetzone die Gemeinschaftsverpflegung für alle Genossenschaftsbauern eingeführt werden. Wie das Informationsbüro West mitteilt, soll das Dorf Schmatzin bei Anklam im Bezirk Neubrandenburg den Anfang machen. Von Mai an wird die Konsumgenossenschaft Anklam in der Dorfgaststätte täglich „zwei schmackhafte Gerichte zur Auswahl, natürlich mit Nachschlag“, anbieten, „damit die Frauen ihre Mittagspause nicht mehr für das Essen kochen opfern müssen“. Auch das Essen für die Schulkinder und die Kindergärten wird in der Konsumgaststätte gekocht.



BILDER DER WOCHE. Oben: In London empfing Königin Elizabeth den französischen Staatspräsidenten de Gaulle zu einem dreitägigen Staatsbesuch. — Unten: Mit einem großen Turnier feierte der Berliner Meister FC Tasmania sein 60. Jubiläum im Olympiastadion (Aus dem Spiel Peru gegen Hertha BSC).

